

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostpreußen

1. Jahrgang

Freitag, 19. Juni 1925

Nummer 56

Heraus zum Kampf gegen Lohnabbau und Wucherzölle!

Gegen den Steuerraub, gegen den Amnestiebetrug, gegen die Monarchisten und die Kriegsgefahr, gegen die Verschacherung Deutschlands an die Entente durch den Garantiepakt!

Klassenkampf für das tägliche Brot!

Die Junker und Stahlkönige legen ihre organisierte Macht ein. Was aber tut der ADGB?

Arbeiter, Ungelohnte, Beamte, Kleinbauern!
Hindenburg und seine Luther-Regierung häufen jeden Tag neue Vorken auf die Schultern der Arbeiterklasse. In den Hungerlöhnen, in dem Lohnabbau gefesselt hat die Wucherzölle und die Steuerlasten. Der millionenfache Schrei nach Amnestie der proletarischen Gefangenen soll durch eine elende Komödie erstickt werden. Gleichzeitig verhandelt die deutsche Regierung mit der Entente über einen sogenannten Garantiepakt, durch den Deutschland

Entente gegenüber besteuert, an die deutsche Arbeiterklasse und fordert sie auf:

Am 2. August, am 11. Jahrestage des Weltkrieges, demonstriert einheitlich und geschlossen unter dem roten Banner

gegen die internationale Kapitaloffensive, gegen die monarchistische Schamindustrielle Diktatur, gegen die furchtbare Ausplünderung und Auslaugung der breiten Massen des werktätigen Volkes.

Die Kommunistische Partei erklärt sich bereit, an diesem Tage mit allen Organisationen, in denen Arbeiter teilnehmen sind,

einheitlich zu marschieren, am den Bourgeoisie die rote Klassenfront der Arbeiter gegenüberzustellen.

An den Arbeitern liegt es, ihre Organisationen zu zwingen, an dieser Demonstration gegen den neuen drohenden Weltkrieg teilzunehmen. Der 2. August muß der Auftakt sein von Millionen und aber Millionen Klassenbewusster Proletarier im Zeichen der roten Front des Klassenkampfes im Zeichen der Aufrichtung der Klassenfront sein.

Bildet Aktionskomitees zur Vorbereitung dieser Demonstration! Werbt in den Betrieben und Gewerkschaften für diese Kundgebung! Sammelt euch unter den Slogans:

- Für den Achtstundentag!
- Gegen den Lohnabbau!
- Gegen Steuerraub und Wucherzölle!
- Gegen die Monarchisten und die monarchistische Luther-Regierung!
- Für die volle uneingeschränkte Amnestie aller proletarischen Gefangenen!
- Für die internationale gewerkschaftliche Einheit!
- Gegen den neuen Krieg, gegen den Völkerbund und den Garantiepakt!
- Gegen die Diktatur der Großkapitalisten und Junker!
- Für die Arbeiter- und Bauernregierung!
- Für das Bündnis mit Sowjetrußland!

Berlin, den 19. Juni 1925.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

zum Aufmarschgebiet der Völkerbundstrategie wird, durch den Deutschland in den äußeren Ring gegen den Bolschewismus hineingezogen werden soll. Die Monarchisten benutzen die Zeit der allgemeinen Verwirrung, um Schritt für Schritt ihre Pläne zu fördern.

Der Parteivorstand der KPD und der Bundesvorstand des ADGB heißen der Bourgeoisie das Proletariat zu verwirren und zu betrügen, indem sie die antihilfswirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen der Regierung unterstützen und gleichzeitig die Fortschritte der anglo-russischen Gewerkschaftsbewegung verhindern, den Augen der deutschen Arbeiterklasse zu verbergen. Die deutsche Arbeiterklasse steht nach untätig den Ereignissen gegenüber, die sie für lange Jahre zu einem Los elender wirtschaftlicher und politischer Unfreiheit verdammen, wenn sie sich nicht endlich in einheitlicher Kater Klassenfront sammelt und gegen ihre gemeinsamen Bedrücker gemeinsam aufmarchiert.

Am 2. August jährt sich zum 11. Male das Datum des triumphalen Weltkrieges.

Überall drohen neue Kriege.

Überall kommen die Wetterleuchten des kommenden Weltkriege am Horizont auf. In China, in Marokko, in Bulgarien entfehlen sich die Kämpfe und zeigen der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Das hat nun im Westen mit Sowjetrußland, nur im wirklichen Kampf gegen seine Unterdrücker das Weltproletariat den Weg zum Sozialismus finden wird.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die auf alle diese Gefahren die Arbeiterklasse ständig und unerwähnt hingewiesen hat, die alles getan hat, um die breiten Massen für die kommenden Kämpfe zu mobilisieren, wendet sich jetzt, in dieser Stunde, in der der Abschluß des Garantiepaktes die Sklaverei der deutschen Bourgeoisie der

Besuch bei Hindenburg

Am Mittwoch letzten den Empfangsbesuch Hindenburgs die Spitzen der deutschen Wirtschaft, Industrie und Handelsgewerkschaften, Reichslandbau, Handwerk und Einzelhandel überbrachten die Wünsche und legten in langem Ausführens die Lage der einzelnen Zweige der Wirtschaft dar, wie der Hofbericht lautet.

Wir wissen nicht, ob Hindenburg nach dem Anhören dieser Reden ein, zwei oder dreimal genickt hat, wie er es nach hochhaltiger Jungens Kunde bei Ministeratsitzungen als Zeichen offener Aufmerksamkeit und höchsten Interesses zu tun pflegt. Aber so viel ist klar, daß die „Spitzen“ nicht ihren Eintrittsbesuch um leeres Höflichkeit willen gemacht haben, sondern gekommen sind, um einen Wechsel zu präsentieren, der in kürzester Zeit fertig werden soll. Die Anträge der deutschen Arbeitgeberverbände beim Reichsminister sind in der bekannten Eingabe schon länger angemeldet worden. Jetzt wurde das Werk bei Hindenburg vorvollständig, um ihn daran zu erinnern, wozu man ihn eigentlich gewählt hat, und daß er nicht umsonst zum „Kaiser“ proklamiert worden ist.

In einer Periode, die im Zeichen des wilden Unternehmertums steht, muß man den Bemühungen um Hindenburg mehr als oberflächliche Aufmerksamkeit widmen. Die Forderungen der Unternehmerverbände zeigen, daß sie genau wissen, daß die Regierung nach ihrer Pfeife tanzen muß. Die Bourgeoisie hat in der letzten Zeit adreßin genug Heuchelheiten jurageneriert, sich bei der Besprechung der Entwaffnungsnote und des Arbeitsgesetzes „anständig“ betragen, auf die alles in ihrer Besetzung der Entlastung zur schmerzhaften Monarchie verpflanzte; alles in der Erkenntnis der schmerzlichen wirtschaftlichen Situation, in der man nur wesentliche, unmittelbar nötige Ziele durchsetzen muß, die aber mit aller Energie.

Wir sind neugierig, ob der ADGB, der ja auch die Luther-Regierung um Schutz und Schirm angefleht hat, nicht auch seinen Eintrittsbesuch bei Hindenburg machen wird, um mit den Unternehmerverbänden zu konkurrieren. Zutrauen ist es ihm — zu Hindenburg zu gehen ist ihm nichts Neues. Die Arbeiter werden sich darauf nicht verlassen, sondern die diversen Besuche auf ihre Weise zu würdigen wissen.

Die Hungerzollvorlage im Reichsrat beschlossen

Berlin, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichsrat nahm in seiner getrennten Sitzung die Hungerzollvorlage der Regierung mit nicht wesentlichen Abänderungen, mit 49 gegen 10 Stimmen bei 7 Stimmenthaltung, an.



In diesen Tagen haben zwei wirtschaftliche Kampfverbände der deutschen Ausbeuterklasse Konferenzen abgehalten. In Friedrichshagen tagte die Hauptversammlung des „Deutschen Landwirtschaftsverbandes“, in Saarbrücken der „Bund Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“. Das Organ der Junker wie das der Stahlkönige hatte sich mit der Zollvorlage der Luther-Regierung beschäftigt. Der Brauzoll und der Eisenzoll ist das Kernstück des allgemeinen Ausbeuterprogramms, zu dessen Verwirklichung eine kapitalistische Offensive von unerhörter Wucht auf der ganzen Klassenfront eingeleitet hat. Den beiden Kampforganisationen ist eine Art Dolchstoß beim Reichsminister-Präsidenten Hindenburg gefolgt, der die Vertreter des „Deutschen Industrie- und Handelsverbandes“, des landwirtschaftlichen „Reichslandbauverbandes“ und anderer Spitzenverbände der Profitmacher förmlich empfang und ihre Ausführungen über die wirtschaftliche Lage entgegennahm. In Friedrichshagen, Saarbrücken und Berlin ist der arbeitenden Klasse hinsichtlich demonstriert worden, daß die Junkerliche und die industrielle Gruppe der Ausbeuter die Front gegen das werktätige Volk ökonomisch organisiert und als Mittelglied ihrer politischen Organisation — Staat und Regierung und Präsidenten — in diese Front einreißt.

In Friedrichshagen erklärte der Junker Freiherr v. Wangenheim, der seit Jahrzehnten die leitende Verankerung des Brauzolles ist, die Zollpolitik der Regierung zu Ruh und Frommen der Großgrundbesitzer sei absolut notwendig, aber

die jetzige Vorlage ist durchaus unzureichend.

Falls die Regierung diesen Hint nicht beachte, würde seine Junkerliche Klasse durch Verschärfung der „bereits begonnenen Eisenkontrolle“, d. h. durch Herabsetzung der landwirtschaftlichen Großproduktion, die immer noch „unzureichende“ Wertenerzeugung der Lebensmittel zu einer „unzureichenden“ machen. In den unzulässigen Zoll-lagen der Agrarvorlage hinzu forderte der Profitmacher-Konrad noch besonders den schweren Zoll auf die Wehstoffe und auf die Futtermittel. Das heißt: Kleinbauern, die selbst auch für das nicht eigenproduzierte Viehfutter noch höheren Preis bezahlen! Und du, Arbeiter, sollst auch für jedes molken Kleingeldstück noch tiefer in die Tiefe greifen.

Konrad kommt der Stahlkönig, stellt sich dem Junker an die Seite und erhebt gleichfalls seinen Jähzorn. In Saarbrücken erklärte der Agent der Eisenindustriellen-Vereinigung, der Justizrat Dr. Wenzel:

„Die eisenhaltende Industrie kann mit dieser Zollvorlage nicht zufrieden sein.“

Die bedürfte vielmehr eines noch höheren Eisenzolles. Nur dadurch — so sagte der Geschäftsführer dieses Vereins, der Abgeordnete Dr. Reichert hinzu — sei es möglich, Einkommen und Vermögen zu mehren“, d. h. das kapitalistische Einkommen, den Ausbeuterprofit zu erhöhen.

Junker und Stahlkönig lächeln einmütig: Rabt mehr! Die Regierung unter Luther und Hindenburg, die in ihrem Bureau die Punkte des Zollprogramms hat ausarbeiten sollen, ist die Aderkalt, an die der Schrei gerichtet ist. Doch der Staatsapparat — an der Spitze die politischen Direktoren Hindenburg und Luther — von den Profitmachern planmäßig und unfehlend für ihre Interessen eingeleitet wird, ist es auch daraus ersichtlich, daß derselbe Junker Wangenheim mitten in seiner Jähzornrede erklärte hat:

„Auch die Sozialgesetzgebung entspricht in ihrer jetzigen Form nicht mehr den Verhältnissen. Sie muß vereinfacht werden.“

Das heißt, dem Brot- und Kartoffelmacher den Haub des Renten, staatlichen Sozialleistungen, Krankenversicherungen hinzuzufügen — als ob nicht schon die diktatorischen „Arbeitsbeschaffungs-gesetze“ der früheren Regierung des Wilhelm Marx diese Sozialgesetzgebung „genügend“ abgebaut hätten! Da die Regierung Luther-Hindenburg die Regierung der verhassten Junker und Industriekönige ist, handelt sie bereits gemäß dem, was der Junker Wangenheim spricht. Wie z. B. die Regierungsvorlage über die Aufhebung der Stützgeber und der Gebührensätze zeigt, lehrt die Regierung Luther-Hindenburg dabei nicht einmal vor der Ausbuchtung der Säuglinge, vor dem modernen „Anschuldigungen Kindermord“ zurück. In der Tat ist das große Zollprogramm nur ein Teil des gesamten Feldzuges, den die Ausbeuterklasse mit Hilfe ihrer großen wirtschaftlichen Organisationen und ihrer wichtigsten — politischen — Organisation, der Staatsmacht, gegen die arbeitenden Massen, also die über-große Mehrheit der Bevölkerung begonnen hat.

Die öffentliche Meinung der Ausbeuter und Ausbeuter-agenten heißt wie immer, wenn es um Jähzorn geht: „Schuh der nationalen Arbeit“. Das, was die Profitmacher zu „Jähzorn“ vorgeben, ist nichts anderes als die gewerkschaftliche Arbeit der Arbeiter dieses Landes, die nationale Arbeit der werktätigen Massen in Stadt und Land. Der „Schulzoll“ bedeutet nichts als entsprechende Preiserhöhung auf das von den Industrie- und Landarbeitern und Kleinbauern auf dem Boden der Nation erzeugte Gesamtprodukt, das in Form von Eisenbahren,